

# Morphological population balance modelling of the effect of crystallisation environment on the evolution of crystal size and shape of para-aminobenzoic acid.

*'beobachter der sozialpolitik sind sich weitgehend einig darüber, dass die europäischen sozialstaaten mit einer reihe von neuen problemen fertig werden müssen. bei unterschiedlicher akzentuierung des genauen reformbedarfs und der genau einzuschlagenden reformrichtung besteht jenseits politischer lagerbildungen doch weitgehender konsens bezüglich der folgenden punkte: (1) der übergang von der industriegesellschaft zur postindustriellen gesellschaft bringt neue und veränderte bedarflagen mit sich, so dass eine neuausrichtung des sozialstaats weg von der konzentration auf inzwischen recht gut gelöste probleme und hin zur inangriffnahme neuer ungelöster probleme erforderlich ist. zu dieser neuorientierung gehört eine umschichtung von renten zu kinder-/familienleistungen, insbesondere die versorgung mit kinderbetreuungseinrichtungen und ganztagschulen, welche den familien die bewältigung der doppelaufgabe von berufstätigkeit und kindererziehung erleichtert; darüber hinaus zählt dazu innerhalb der zielgruppe der altenbevölkerung eine umschichtung von rentenzahlungen auf pflegeleistungen sowie generell eine umschichtung von transferzahlungen zu dienstleistungen und von passiver sozialer sicherung zu aktivierenden bildungsmaßnahmen als zukunftsinvestition. (2) die finanzierungsbasis des sozialstaats muss durch eine breitere streuung der kosten erweitert werden, so dass der faktor arbeit entlastet und seine sinkende wirtschaftliche bedeutung kompensiert wird. da sich die relation zwischen erwerbstätigen und abhängigen in den nächsten zwei bis drei jahrzehnten krass verschlechtern wird, sind große gemeinsame anstrengungen erforderlich, um den anteil erwerbstätiger personen so zu erhöhen, dass auch künftig auskömmliche altersrenten bei erträglicher beitragsbelastung gesichert werden. (3) der ethnischen und kulturellen heterogenisierung der gesellschaften muss rechnung getragen werden, denn sie impliziert wohl, dass bedingungslos gewährte universelle sozialleistungen mit grundsicherungscharakter künftig auf erhöhte legitimierungsprobleme stoßen werden. im folgenden soll kurz skizziert werden, inwiefern sich dieser anpassungsbedarf bereits in beobachtbaren veränderungen der westeuropäischen sozialstaaten niedergeschlagen hat.'*

## 1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikerinnen Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male- breadwinner*-Modell

(Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit